



Presseinformation

Nr. 248/2011

Kiel, Freitag, 6. Mai 2011

Energie / EEG

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Günther Hildebrand, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Oliver Kumbartzky und Carsten-Peter Brodersen: Die Vorschläge des Bundesumweltministers zu Onshore-Windenergieanlagen sind nicht akzeptabel

Zu den Handlungsempfehlungen des EEG-Erfahrungsberichts erklären der energiepolitische Sprecher, **Oliver Kumbartzky**, und der umweltpolitische Sprecher, **Carsten-Peter Brodersen**:

„Herr Röttgen verkündete gestern, er wolle, dass die erneuerbaren Energien sich vom Nischenprodukt zur wichtigsten Energiequelle in Deutschland entwickeln. Seine vorgelegten Vorschläge bei Onshore-Anlagen weisen allerdings in die entgegengesetzte Richtung“, erklärt Oliver Kumbartzky. Die Erhöhung der degressiven Kürzung bei solchen Anlagen und die Begrenzung des Repowering-Bonus auf netztechnisch problematische Anlagen würde den notwendigen Umbau des erneuerbaren Energiesystems deutlich behindern. Wer die Abkehr von Kernenergie und fossilen Rohstoffen möchte, der könne nicht die wichtigste erneuerbare Energiequelle beschneiden. Hierüber solle Herr Röttgen noch einmal gründlich nachdenken, so Kumbartzky.

„Wir begrüßen hingegen die Forderung des Bundesumweltministers nach einer weiteren mittelfristigen Anhebung der Windeignungsflächen. Für Schleswig-Holstein fordern wir mittelfristig zwei Prozent, sowie die restriktiven Regelungen zum Repowering im Landesentwicklungsplan zu ändern und die Mindestabstände zu verringern“, führt Kumbartzky aus. „Die Vorschläge bei Offshore-Anlagen begrüßen wir ausdrücklich. Sie würden deren Bau deutlich beschleunigen. Zudem halten wir die vorgeschlagene Änderung bei der Geothermie für besonders wichtig. Damit wird es gelingen, das bisher brachliegende Potenzial bei dieser Energiequelle zu erschließen“, ergänzt Brodersen.

„Die Überlegungen des Bundesumweltministers im Bereich Biomasse begrüßen wir ausdrücklich. Aufgrund der Entwicklungen der Vergangenheit und den dadurch entstehenden massiven Auswirkungen wäre eine Kürzung der Einspeisevergütung dringend geboten“, so Brodersen. Zu begrüßen sei auch die Begrenzung des Einsatzes von Mais und Getreide auf 60 Prozent sowie die Erhöhung der degressiven Kürzung.